



Jugendsession 2021

04. - 07. November

Dossier

Sustainable Finance

Autor*innen: Amara Cespedes, Jan Fedeli

Inhaltsverzeichnis

Nachhaltigkeit	3
Bezug zur Agenda 2030	5
Glossar	5
Worum geht es?	6
Nachhaltige Finanzprodukte und Finanzdienstleistungen	6
Gesetzliche Grundlagen und Vorstösse	7
Wo steht die UNO?	9
Wo steht die Schweiz?	9
Was ist die Rolle der Schweiz in der Internationalen Gemeinschaft?	11
Die Standpunkte verschiedener Akteure	11
Vor- und Nachteile unterschiedlicher Ansätze	14
Kritik	15
Weiterführende Links / Willst du mehr wissen?	17
Links	17
Verweise	18
Abbildungsverzeichnis	19

Nachhaltigkeit

Eine nachhaltige Entwicklung ermöglicht die Befriedigung der Grundbedürfnisse aller Menschen und stellt eine gute Lebensqualität sicher, überall auf der Welt, sowohl heute als auch in Zukunft.

Die Befriedigung der Grundbedürfnisse und die Sicherstellung einer guten Lebensqualität aller Menschen bedeutet, freie Wahlmöglichkeiten für die eigene Lebensweise zu haben, ohne andere Menschen heute und in Zukunft in ihren Wahlmöglichkeiten einzuschränken (intragenerationelle und intergenerationelle Gerechtigkeit). Für die Erreichung dieses Ziels hat die UNO einen Orientierungsrahmen geschaffen: Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung mit ihren 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs). Diesen Zielen liegen die fünf handlungsleitenden Prinzipien Mensch, Planet, Wohlstand, Frieden und Partnerschaft zugrunde (englisch: *People, Planet, Prosperity, Peace, Partnership*). Neben den drei **inhaltlichen Zieldimensionen** Mensch, Planet und Wohlstand definieren die zwei **Umsetzungsdimensionen** Frieden und Partnerschaft die notwendigen Voraussetzungen, die für eine nachhaltige Entwicklung gegeben sein müssen.



Zieldimensionen:

- *Ökologische Verantwortung (Planet):*

Die Menschheit ist in der Verantwortung, die natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten. Die Aktivitäten des Menschen bewegen sich im Rahmen der Kapazitäten und der Funktionsfähigkeit der natürlichen Ökosysteme. Die Leistungen, die Ökosysteme dem Menschen gegenüber erbringen (wie die Bereitstellung natürlicher Ressourcen, Schutzleistungen, oder Kulturleistungen) sowie ihre Regulierungsfähigkeit sind langfristig sichergestellt.

Damit wird gewährleistet, dass die planetaren Belastbarkeitsgrenzen eingehalten werden.

- *Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit (Prosperity):*

Das Wirtschaftssystem dient dem Gemeinwohl und sorgt für menschenwürdige und gleichberechtigte Arbeitsbedingungen. Die Wirtschaft verfügt über die nötigen Grundlagen und Rahmenbedingungen, um leistungsfähig, produktiv, widerstandsfähig und innovativ zu sein. Das wirtschaftliche Kapital (Realkapital, Finanzkapital, Humankapital, Sozialkapital und Naturkapital) bleibt langfristig erhalten. Staatsschulden werden geringgehalten, sodass künftige Generationen in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung nicht behindert werden.

Damit wird gewährleistet, dass alle Menschen in der Lage sind, einen Lebensstandard zu erreichen, mit dem sie genügend materielle Grundlagen für ein gutes Leben haben.

- *Gesellschaftliche Solidarität (People):*

Die Menschen erachten und behandeln sich als gleichwertig und respektieren die Würde aller Menschen. Die Menschenrechte und die freie Entfaltung der Persönlichkeit sind für jeden Menschen sichergestellt. Die Grundbedürfnisse sind erfüllt und der Wohlstand ist gerecht verteilt. Soziale Sicherungssysteme bieten Schutz vor gesundheitlichen und ökonomischen Risiken. Es herrschen gleichberechtigte Beziehungen zwischen allen Menschen unabhängig von Herkunft, Rasse, Geschlecht, Alter, Sprache, sozialer Stellung, Lebensform, religiösen weltanschaulichen, politischen Überzeugung oder körperlichen, geistigen oder psychischen Behinderungen.

Damit wird gewährleistet, dass alle Menschen ein integrierter Bestandteil der Gesellschaft sein können, Gerechtigkeit für alle herrscht und soziale Spannungen geringgehalten werden können.

Umsetzungsdimensionen:

- *Frieden und Rechtsstaatlichkeit (Peace):*

Frieden, Rechtsstaatlichkeit und gute Regierungsführung sind eine grundlegende Voraussetzung für die nachhaltige Entwicklung. Gewaltentrennung, partizipative Institutionen und ein gleichberechtigter Zugang zur Justiz sind zu gewährleisten, damit friedliche und inklusive Gesellschaften entstehen können.

- *Koordinierte und solidarische Zusammenarbeit (Partnership):*



Nachhaltige Entwicklung basiert auf einem gemeinsamen, koordinierten und partnerschaftlichen Zusammenwirken von Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Wissenschaft. Das Prinzip der solidarischen Zusammenarbeit ist von besonderer Bedeutung, da nur inklusiv gestaltete Prozesse sicherstellen können, dass alle Interessen in Entscheidungsprozessen berücksichtigt werden und niemand übergangen oder zurückgelassen wird.

Nachhaltige Entwicklung ist ein gesamtheitlicher Ansatz. Die Berücksichtigung der drei **Zieldimensionen** hat in integrierter, gleichwertiger und ausgewogener Weise zu erfolgen.

- *Integriert:* Die drei Dimensionen bedingen sich gegenseitig. Nur durch intakte natürliche Ressourcen kann eine leistungsfähige Wirtschaft entstehen. Nur durch eine intakte Wirtschaft kann Wohlstand entstehen. Nur durch eine solidarische Gesellschaft kann der Wohlstand gerecht verteilt und politische Prozesse so ausgestaltet werden, dass die natürlichen Ressourcen langfristig erhalten bleiben.
- *Gleichwertig:* Alle drei Dimensionen sind von gleicher Wichtigkeit. Nur als Gesamtpaket können der Erhalt der natürlichen Ressourcen, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und die gesellschaftliche Solidarität sicherstellen, dass alle Menschen langfristig in der Lage sind, ihre Grundbedürfnisse zu befriedigen und eine gute Lebensqualität zu erreichen.
- *Ausgewogen:* Nachhaltige Entwicklung ist ein Aushandlungsprozess. Nicht in allen Entwicklungsprozessen können alle drei Dimensionen immer gleichermassen berücksichtigt werden. Falls in konkreten Kontexten oder in Bezug auf konkrete Probleme eine gleichwertige Berücksichtigung nicht möglich ist, sind Defizite in benachteiligten Dimensionen auszugleichen (z.B. durch flankierende Massnahmen oder Kompensation).

Bezug zur Agenda 2030

Die Agenda 2030 greift das Thema Sustainable Finance in folgenden SDGs bzw. deren Unterzielen (Targets) auf:

SDG	Target	Zielsetzung
	10.5	Die Regulierung und Überwachung der globalen Finanzmärkte und -institutionen verbessern und die Anwendung der einschlägigen Vorschriften verstärken
	17.5	Investitionsförderungssysteme für die am wenigsten entwickelten Länder beschliessen und umsetzen

Glossar

Sustainability, sustainable	Englischer Begriff für Nachhaltigkeit Nachhaltigkeit: Befriedigung gegenwärtiger Bedürfnisse, ohne dass die Befriedigung zukünftiger Bedürfnisse gefährdet wird. (ARE, 2020)
(Corporate) Governance	Gesamtheit der Regeln und Prozesse, nach denen ein Unternehmen geführt wird
Taxonomie	Klassifikationssystem, das es gestützt auf bestimmte Kriterien erlaubt, beispielsweise nachhaltige wirtschaftliche Tätigkeiten von nicht-nachhaltigen zu unterscheiden. (Mugglin & Kellenberger, 2020)
Compliance	Englischer Begriff für die Einhaltung von Regeln, Gesetzen oder Abmachungen. Wird vor allem in der Wirtschaftswelt gebraucht.
Stempelsteuer	Staatliche Steuer auf die Transaktion von Banken- und Versicherungsprodukten in der Schweiz. (SBVg, 2020)
Rentabilität	Misst den Erfolg eines Unternehmens. Es bezeichnet das Verhältnis zwischen Gewinn und eingesetztem Kapital. Wenn dieses Verhältnis positiv ist, dann ist ein Unternehmen rentabel und somit erfolgreich im wirtschaftlichen Sinne. (SBVg, 2020)

Carbon price	Preis, welchen Unternehmen für den Ausstoss von CO2 bezahlen. Generell bezeichnet carbon pricing (CO2-Bepreisung) die Idee, das Klimagas CO2 mit einem Preis zu versehen. Dies mit dem Ziel, dessen Ausstoss zu vermindern oder ganz zu verhindern (Mugglin & Kellenberger, 2020). Wird üblicherweise über Umweltzertifikate oder Steuerabgaben bezahlt (Flückiger & Barnetta, 2020)
Nudging	Methode der Verhaltensökonomie, bei der versucht wird, jemanden zu einem gewissen Verhalten zu bewegen. Zentral dabei sind dabei Strategien, welche die Zielperson unbewusst zu der gewünschten Entscheidung führen sollen (Riegl, 2016)

Worum geht es?

Der Begriff Sustainable Finance kommt aus dem Englischen und bedeutet nachhaltige Finanzen oder nachhaltige Finanzwirtschaft. Hierbei beschränkt sich der Begriff Nachhaltigkeit nicht nur auf die Umwelt, sondern beinhaltet auch die Komponenten Soziales und Unternehmensführung. Zusammen bilden diese drei Komponenten die sogenannten ESG Kriterien (**E**nvironmental, **S**ocial, **G**overnance). Nachhaltigkeit bedeutet, Ressourcen so zu nutzen, dass auch zukünftige Generationen die gleichen Ressourcen zur gleichen Quantität und Qualität zur Verfügung haben wie wir jetzt. In der jetzigen Diskussion steht aber die ökologische Komponente im Vordergrund. Die Debatte um den Klimawandel und das 2015 abgeschlossene Pariser Klimaabkommen machen auch vor dem Finanzsektor nicht halt. Es drängt sich immer mehr die Frage auf, wie man Finanzflüsse so ausrichten und steuern kann, damit sie dem Gebot der Nachhaltigkeit entsprechen.

Wichtig zu erwähnen ist, dass der Begriff Sustainable Finance von den verschiedenen Beteiligten anders aufgefasst werden kann: Während es Umweltschützer*innen und Aktivist*innen primär um das Erreichen der Nachhaltigkeitsziele geht, sehen zum Beispiel Finanz- und Wirtschaftsbranchen Nachhaltigkeit häufig als Wettbewerbs- oder Marketingaspekt und als Schlüssel für den weltweiten Marktzugang (Mugglin & Kellenberger, 2020).

Zahlreiche Akteur*innen, seien das Staaten, internationale Organisationen, Unternehmen, Banken, Anleger*innen oder Umweltorganisationen, sehen in der Finanzbranche Handlungsbedarf für ebenjene konkurrierenden Nachhaltigkeitsvorstellungen. Dabei gibt es verschiedene Standpunkte, wie dieser Handlungsbedarf umgesetzt werden soll.

Nachhaltige Finanzprodukte und Finanzdienstleistungen

Die Hauptproblematik der aktuellen Debatte besteht darin, dass es keine einheitliche Definition nachhaltiger Finanzprodukte gibt. Die Definition der Nachhaltigkeit lässt einen

gewissen Interpretationsspielraum offen, inwieweit ein Produkt der Umwelt nützen muss oder schaden darf. Die EU spielt in dieser Debatte eine Schlüsselrolle und verabschiedete im Juni 2020 eine Verordnung über ein Klassifikationssystem (sog. Taxonomie)¹. Dieses soll es Unternehmen und Investoren mittels einer Terminologie ermöglichen zu erkennen, welche Wirtschaftstätigkeiten als ökologisch nachhaltig angesehen werden können. Die EU-Taxonomie umfasst auch die beiden Unterkategorien „förderliche Tätigkeiten“ und „Übergangstätigkeiten“. Förderliche Tätigkeiten ermöglichen wichtige klimaschonende Wirtschaftsaktivitäten, zum Beispiel eignet sich laut der TEG (technische Expertengruppe für nachhaltige Finanzen) als förderliche Tätigkeit die Herstellung von Windrädern, die schließlich die emissionsarme Produktion von erneuerbarer Energie ermöglichen. Als Übergangstätigkeit gilt laut der TEG die Herstellung von Zement mit einem Ausstoß von unter 0,498 Tonnen CO₂ pro Tonne Zement. Ein Schwellenwert wird definiert, da eine umweltfreundliche Alternative aktuell nicht existiert².

Bei jedem Finanzprodukt muss künftig offengelegt werden, welcher Anteil in diesen Bereichen investiert wird. Da der Schweizer Finanzmarkt eng mit dem europäischen verbunden ist, wird diese Klassifikation auch für Schweizer Banken und Anleger*innen bedeutsam werden. Aktuell gibt es aber keine Pläne, die EU-Taxonomie 1:1 in der Schweiz zu übernehmen. Weil der europäische Markt aber eine grosse Bedeutung für Schweizer Banken hat, wird die Klassifikation wohl in der Tat einen Einfluss auf das Angebot der hiesigen Banken haben.

Des Weiteren soll nachfolgend beschrieben werden, welche Güter und Prozesse als Finanzprodukte und -dienstleistungen bezeichnet werden können. Diese umfassen nämlich nicht nur Investitionen (z.B. in Aktien), sondern auch Kredite und Versicherungsdienstleistungen. Oftmals gehen diese zwei Komponenten vergessen, obwohl auch sie einen grossen Teil der relevanten Dienstleistungen ausmachen (Mugglin & Kellenberger, 2020).

Gesetzliche Grundlagen und Vorstösse

Die umweltbezogenen Bemühungen stützen sich vor allem auf das Pariser Klimaabkommen, genauer gesagt auf den Artikel 2.1c (*Making finance flows consistent with a pathway towards low greenhouse gas emissions and climate-resilient development*).

Konkrete gesetzliche Vorgaben zu Sustainable Finance gibt es in der Schweiz bisher aber nicht. Das totalrevidierte CO₂-Gesetz, das in der Herbstsession 2020 vom Parlament verabschiedet, jedoch am 13.06.2021 vom Stimmvolk abgelehnt wurde, enthielt einige Bestimmungen für den Finanzsektor. So sah es vor, Art. 2.1 c des Pariser Klimaabkommens im Zweckartikel zu verankern und die Transparenz des Finanzplatzes zu stärken, indem künftig die Schweizerische Nationalbank SNB und die Finanzmarktaufsicht FINMA regelmässig über finanzielle Risiken des Klimawandels berichten. Es gibt zudem zahlreiche Vorstösse von Parlamentarier*innen, welche die Entwicklung auf dem Gebiet von Sustainable Finance vorantreiben wollen. Eine ausführliche Liste zu solchen Vorstössen lässt sich auf www.sustainablefinance.ch finden.

Forderungen im Parlament

¹ <https://eur-lex.europa.eu/eli/reg/2020/852/oj?locale=de>

² NABU-Bundesgeschäftsstelle, Investitionen für eine umweltfreundliche Zukunft, 2021

- Interpellation 19.4487: Greenwashing bei den Finanzprodukten Stoppen.
<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20194487>
Greenwashing: Beim sogenannten Greenwashing werden nicht nachhaltige Finanzprodukte als «grün» angepriesen, obwohl sie keine positiven oder sogar negativen Wirkungen auf die Umwelt haben. Diese Interpellation fordert mehr Transparenz beim Angebot von grünen Finanzprodukten.
- Motion 19.4372: Green-Finance-Produkte. Steuerstrafe beseitigen.
<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20194372>
Diese Motion fordert die Abschaffung der Stempelsteuer auf nachhaltige Finanzprodukte. Aufgrund der zu dieser Zeit fehlenden Zertifizierung beantragte der Bundesrat die Ablehnung einer solchen Abschaffung.
- Postulat 19.3966: Klimaverträgliche Ausrichtung und Verstärkung der Transparenz der Finanzmittelflüsse in Umsetzung des Übereinkommens von Paris
<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20193966>
Die Ständeratskommission für Umwelt, Raumplanung und Energie forderte in diesem Postulat einen Bericht über die zukünftigen Schritte, welche zur Erfüllung des Pariser Klimaabkommens beitragen sollen. Der Bundesrat begrüsst einen solchen Bericht.
- Interpellation 20.4096: Nachhaltigkeit im Finanzsektor
<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20204096>
Diskussion im Nationalrat verschoben. Der Nationalrat Gerhard Andrey stellt dem Bundesrat verschiedene Fragen zu seiner Strategie betreffend Nachhaltigkeit im Finanzsektor.
- Motion 21.3344: Für einen sauberen Finanzplatz. Entwicklung eines Schweizer ESG-Standards
<https://www.parlament.ch/de/biografie/c%c3%a9line-widmer/4300>

Die Nationalrätin Céline Widmer beauftragt den Bundesrat, einen verbindlichen nationalen Umwelt-, Sozial- und Governance-Standard (ESG-Standard) zu entwickeln.

Wo steht die EU?

Die EU hat 2018 ihren Aktionsplan für ein nachhaltiges finanzielles Wachstum veröffentlicht. Weil der globale Ruf nach nachhaltigen und klimafreundlichen Investitionen immer lauter wird, hat die EU diesen Aktionsplan entworfen. Das Ziel ist es, nachhaltige Investitionen zu fördern. Obwohl Klimaschutz ein wichtiger Beweggrund für die Ausarbeitung war, verfolgt die EU auch Wirtschaftsinteressen und die Stärkung des Finanzwesens. Die EU möchte aus Europa einen Investitionsplatz für grüne Wirtschaft und Technologien machen. Nachfolgend werden die vier Anpassungsbestrebungen des Plans vorgestellt (vgl. *economiesuisse*, 2019).

Die EU schafft eine Taxonomie (Klassifizierung). Mit diesem System soll man in Zukunft nachhaltige wirtschaftliche Aktivitäten von nicht nachhaltigen besser unterscheiden können. Das soll zu verbesserter Transparenz und zur Bekämpfung von «Greenwashing» führen (vgl. *economiesuisse*, 2019).

„Greenwashing“ bedeutet, dass Unternehmen ihre Produkte umweltfreundlicher darstellen, als sie sind, um sie teurer verkaufen zu können – obwohl diese Produkte nicht

umweltfreundlich sind. Die Regeln sollen ab dem 01.01.2022 in Kraft treten (vgl. NeueZeit, 2020). Zudem sind zwei neue Kategorien für Referenzwerte in Kraft gesetzt worden. Diese Kategorien nennt man «Benchmarks». Ein Referenzwert soll für wirtschaftliche Aktivitäten geschaffen werden, die eine Reduktion von CO₂-Emissionen ermöglichen («Climate Transition Benchmark»). Der andere Referenzwert soll für wirtschaftliche Aktivitäten, welche mit dem Absenkpfad unter dem Pariser Abkommen in Einklang sind («Paris-aligned Benchmark»).³

Unternehmen und Investoren müssen künftig deklarieren, inwieweit ihre Investitionen und Finanzierungen an Nachhaltigkeitszielen ausgerichtet sind. Zudem müssen sie offenlegen, in welcher Weise sie ihren Pflichten nachkommen. Dies wird dazu führen, dass die Unternehmen zuhänden der Finanzinvestoren erklären müssen, inwiefern sie die Nachhaltigkeitskriterien erfüllen. Zudem hat die Europäische Kommission im Juni 2019 neue Leitlinien für die klimabezogene Berichterstattung der Unternehmen veröffentlicht. Diese enthalten praktische Empfehlungen, wie Unternehmen die Klimafolgen ihrer Tätigkeit, aber auch die Auswirkungen des Klimawandels auf ihr Unternehmen besser offenlegen können. Im Weiteren sollen die Beratungen von Privatkunden im Banken- und Versicherungsbereich in Zukunft Nachhaltigkeitsaspekte integrieren. Die EU-Kommission plant, das Sustainable Finance-Paket in der Form verbindlicher Regeln zu erlassen. Das bedeutet, dass sich alle wirtschaftlichen Akteure daran halten müssen (vgl. economiesuisse, 2019).

Wo steht die UNO?

UNEP⁴

Das United Nations Environment Programme (UNEP) ist das Umweltprogramm der Vereinten Nationen. Es ist zuständig dafür, Ideen zu entwerfen, wie die Finanzsysteme auf die Bedürfnisse einer nachhaltigen Entwicklung und der Grünen Wirtschaft ausgerichtet werden können. Somit sollen zukünftige Generationen nicht belastet werden. Anfang 2014 initiierte die UNEP eine Untersuchung zum Aufbau eines nachhaltigen Finanzsystems. Viele Länder beteiligten sich daran, darunter auch die Schweiz. Es sollen Empfehlungen ausgearbeitet werden, wie private Gelder für eine Grüne Wirtschaft mobilisiert werden können und welche Rahmenbedingungen diesem Ziel am besten dienen könnten. Zudem hat die UNO im Rahmen der Agenda 2030 zehn Grundsätze für eine nachhaltige Finanzwirtschaft entworfen (vgl. Unglobalcompact, 2021).

Die UNEP FI (United Nations Environment Programme Finance Initiative) ist eine Partnerschaft zwischen der UNEP und dem globalen Finanzsektor um die Privatwirtschaft für nachhaltige Entwicklung zu mobilisieren. Die Initiative hat mehr als 350 Mitglieder, darunter sind Banken, Versicherungen und Investoren. Das Ziel der Initiative ist es, einen nachhaltigen Finanzsektor kreieren.⁵

Wo steht die Schweiz?

Das Bundesamt für Umwelt (BAFU) hat 2017 in Zusammenarbeit mit dem Staatssekretariat für Internationale Finanzfragen (SIF) eine anonyme und kostenlose Überprüfung der Klimaverträglichkeit von Finanzportfolien für Schweizer Pensionskassen und Versicherungen

³ EU Climate Benchmarks: A Guide

⁴ BAFU, Das Finanzsystem als Motor für den Übergang zu einer Grünen Wirtschaft, 2015

⁵ UN environment programme – finance initiative, 2021

angeboten. 2020 nahmen 179 Finanzinstitute, die rund 80 Prozent des Marktes repräsentieren, an dem Test teil – mehr als doppelt so viele wie noch 2017. Zu diesen Instituten gehörten Pensionskassen, Versicherungen, Vermögensverwaltende und Banken (vgl. BAFU, 2020). Das Ergebnis zeigt, dass vor drei Jahren die Investitionstätigkeiten der genannten Akteure eine Erderwärmung von rund 4-6 Grad begünstigen, weil sie unter anderem Investitionen in kohlenstoffintensive Unternehmen (insbesondere Energieversorgungs-, Rohstoff- sowie Öl-, Gas- und Kohleförderungsunternehmen) getätigt haben. Im internationalen Vergleich befindet sich die Schweiz somit im Mittelfeld. Diese Zahlen sind deutlich über dem angestrebten Klimaziel einer Erwärmung von deutlich unter 2° (Oberholzer, 2020).

Development of sustainable investments in Switzerland (in CHF billion)

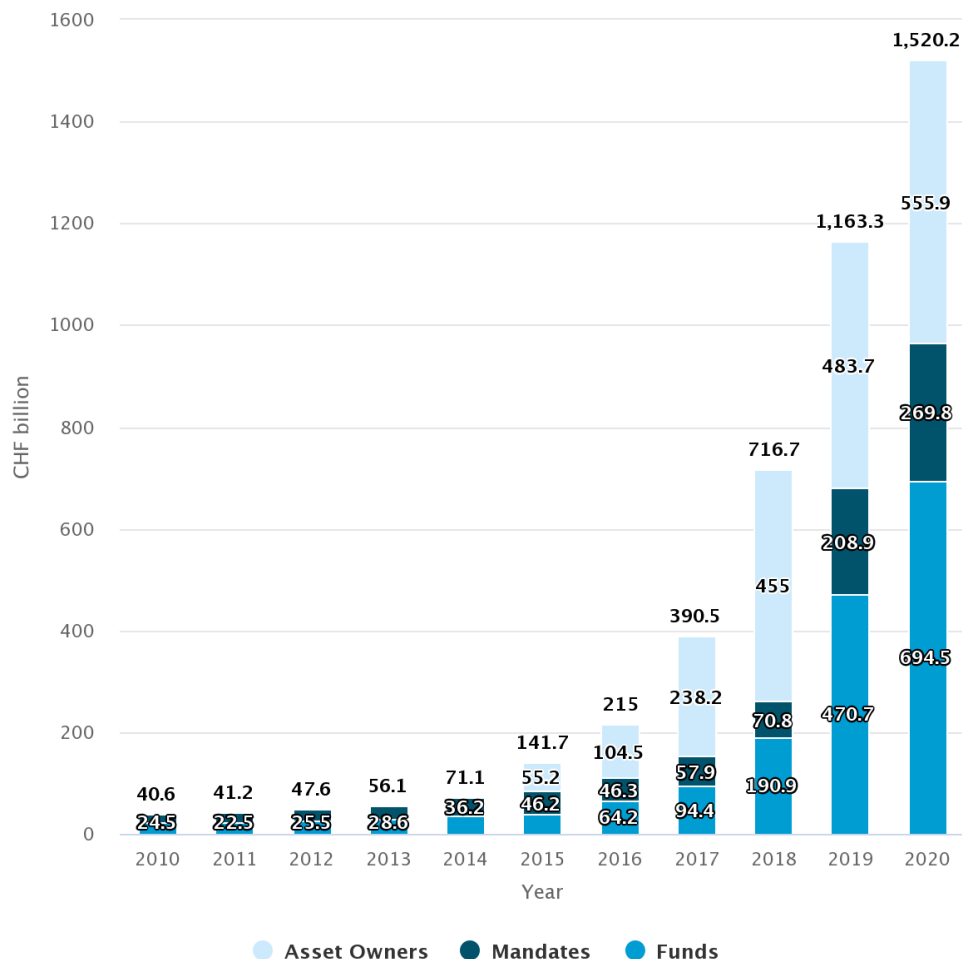


Abbildung 1: Studie der SSF (Swiss Sustainable Finance)

Wie auf der Abbildung oben zu sehen ist, erlebt Sustainable Finance gerade einen regelrechten Boom in der Schweiz. Rund 20% aller Finanzprodukte werden im Jahr 2020 als nachhaltig bezeichnet (SBVg, 2020). Jedoch muss darauf hingewiesen werden, dass auf der Abbildung nur Investitionen abgebildet sind; Kredite und Versicherungsdienstleistungen sind hier nicht inkludiert. Ein weiteres Problem stellt die Definition von Nachhaltigkeit dar. Noch gibt es keine einheitliche Meinung darüber, was als nachhaltig vermarktet werden darf und was nicht (SBVg, 2020).

2016 hat der Bundesrat Grundsätze für eine konsistente Politik der Schweiz im Bereich der Finanzmarktpolitik im Zusammenhang mit der ökologischen Dimension der Nachhaltigkeit definiert und die weiteren Schritte festgelegt (SIF, 2020). Im Juni 2020 wurde dann ein umfassendes Positionspapier mit ausführlichen Massnahmen vom Bund ausgearbeitet und veröffentlicht. In diesem hält er detailliert fest, welche Massnahmen er anstrebt, um die Schweiz zu einem führenden Standort in Sachen Sustainable Finance zu machen (Bundesrat, 2020). Der Grossteil dieser Massnahmen zielt auf eine verbesserte Transparenz und verlässliche Informationen auf dem Markt, betont aber gleichzeitig die Selbstregulierung der Branche und den marktbasieren Ansatz. Dieser Mix aus Massnahmen zeigt, dass der Bundesrat weniger beabsichtigt, strengere Gesetze und Kontrollen zu verabschieden. Er setzt primär darauf, mit attraktiven Rahmenbedingungen die Branchenaktivitäten zu unterstützen und zu fördern.

Was ist die Rolle der Schweiz in der Internationalen Gemeinschaft?

Aufgrund der komplexen Vernetzung der globalen Finanzströme und grenzüberschreitender Umweltprobleme (z.B. Klimawandel) ist ein internationaler Ansatz ein wichtiger Bestandteil zur Sicherstellung der Nachhaltigkeit. Als wichtigster Handelspartner der Schweiz nimmt die EU eine Vorreiterrolle ein, die u.a. mit der Schaffung einer **Taxonomie** weit fortgeschritten ist (Flückiger & Barnetta, 2020).

Die Schweiz engagiert sich in zahlreichen internationalen Initiativen zur Bekämpfung der Klimakrise und ist Teil von verschiedensten Gremien, welche explizit die Nachhaltigkeit im Finanzsektor betreffen. So ist Ueli Maurer seit 2019 der «Coalition of Finance Ministers for Climate Action», welche Stand heute Finanzminister*innen aus über 50 Ländern zu ihren Mitgliedern zählen kann, beigetreten (Coalition of Finance Ministers for Climate Action, 2020). Die Liste von Organisationen, an welchen die Schweiz beteiligt ist, ist sehr lang (siehe Positionspapier Bundesrat). Die prominentesten sind dabei der IWF, die UNO, das Network for Greening the Financial Systems (NGFS) und die OECD (Bundesrat, 2020). Bei der Frage nach dem tatsächlichen Einfluss der Schweiz ist zu beachten, dass die Schweiz der wichtigste Finanzplatz für die Vermögensverwaltung ist (Flückiger & Barnetta, 2020). Bezgl. der absoluten Menge der Finanzdienstleistungen ist die Schweiz nicht Nr. 1 weltweit. Rund ein Viertel der grenzüberschreitend verwalteten Vermögen werden aber über die Schweiz betreut (vgl. Bisang, SBVg, 2021).

Die Standpunkte verschiedener Akteure

- **Die Schweizerische Bankvereinigung (SBVg)** hält fest, dass die Bankenbranche ein sehr grosses Interesse an einem nachhaltigen Finanzplatz hegt. Für sie ist klar, dass CO₂-intensive Branchen auf lange Sicht nicht überlebensfähig und somit auch finanziell nicht mehr tragbar sind. Für die Banken ist eine einheitliche **Taxonomie** wichtig, sodass nachhaltige Finanzprodukte gezielt angeboten und weltweit verkauft werden können. Jedoch hält die SBVg nicht viel von staatlich vorgegebenen, Schweizer Vorschriften. Einerseits könnten solche eine kontraproduktive Wirkung haben und die Entwicklung nachhaltiger Produkte sogar hemmen und andererseits ergeben nationale Vorgaben wenig Sinn, da der Finanzplatz zum grössten Teil ein internationaler ist. Ausserdem habe sich erfahrungsgemäss gezeigt, dass die brancheninterne kritische Masse der **compliance** eine viel grössere Rolle spielt als rechtliche Vorschriften. Hier wird von der 80/20 Regel gesprochen: Halten sich 80%

an branchenintern getroffenen Standards, werden diese auch von den restlichen 20% übernommen. Der Anpassungsdruck in der Branche und die Kundenwünsche spielen dabei eine entscheidende Rolle. Um solche 80% bei Nachhaltigkeitsmassnahmen zu erreichen, müssen Anreize für die Banken und Anleger bestehen. Hauptanreiz ist vor allem das Wissen, dass fossile Energieträger wie Kohle oder Erdöl jetzt schon stark kritisiert und somit weniger gefördert werden und mit der Zeit fast oder ganz aus Finanzportfolios verschwinden werden. Somit orientiert sich auch die Bankenbranche an neuen Märkten. Hinzu kommen die drohenden staatlichen Regulierungen, welche von Seiten der Politik unausweichlich gefordert würden, sollte es die Branche nicht selbst schaffen, einen Umschwung zu bewirken. (SBVg, 2020)

Die Schweizerische Bankiervereinigung sieht vor allem Chancen in der Attraktivitätssteigerung nachhaltiger Produkte, zum Beispiel mit der Abschaffung der **Stempelsteuer** auf nachhaltigen Finanzprodukten. Somit wäre der Anreiz für Investor*innen grösser, ein nachhaltiges Produkt einem herkömmlichen Produkt vorzuziehen (SBVg, 2019). Ausserdem fehlt noch vielen Bankberater*innen und auch Anleger*innen das Wissen über finanziell nachhaltige Produkte. Deshalb hat der Verband im Juni 2020 einen Leitfaden für den Einbezug von ESG-Kriterien in den Beratungsprozess für Privatkunden veröffentlicht, der sich an Banken richtet. Gezielte bankinterne Schulungen sollen den Berater*innen zudem die Möglichkeit geben, ihren Kund*innen wichtige Informationen über Nachhaltigkeit und deren finanzielle **Rentabilität** zu geben. Diese sei übrigens nicht kleiner als bei herkömmlichen Finanzprodukten und trägt nachweislich kein höheres Finanzrisiko für die Anleger*innen mit sich. (SBVg, 2020)

- **Staatliche Akteure** wie das **SIF** (Staatssekretariat für Internationale Finanzfragen) und das **BAFU** (Bundesamt für Umwelt) fokussieren vor allem auf die Einbringung von Schweizer Interessen in die internationale Debatte und die Aufklärung für Grossanleger*innen wie Pensionskassen, Banken, Versicherungen, etc. Das SIF beschäftigt sich mit Internationalen Fragen und bringt sich dort als wichtiger Gesprächspartner mit ein. Zweifellos ist ein internationaler Ansatz am sinnvollsten, da das Finanzwesen ein globales Konstrukt ist und Geldflüsse so schwierig auf einzelne Länder zurückzuführen sind. Jedoch gestalten sich solche Gespräche als besonders schwer, da sie auf einem Konsensprinzip basieren. Staaten können nicht gezwungen werden, Richtlinien zu erfüllen oder anzunehmen, weshalb eine einheitliche Lösung gefunden werden muss. Dies führt oft dazu, dass wichtige Ziele oder Massnahmen verwässert werden, da gewisse Problematiken von einigen Staaten für weniger relevant angesehen werden als von anderen. Hierbei sind auch die verschiedenen Wirtschaftssektoren einzelner Länder zu berücksichtigen; Länder, welche wirtschaftlich auf CO2-intensive Branchen angewiesen sind, werden sich womöglich weigern, wirtschaftseinschränkende Massnahmen anzuordnen.

Die Schweiz spielt als wichtiger Handelsplatz für Rohstoffe eine wichtige Rolle in diesen Gesprächen. Ausserdem ist die Schweiz der weltweit wichtigste Finanzplatz für Vermögensverwaltung. Eines der am meisten diskutierten Themen ist der sogenannte **«carbon price»**: dieser wäre ökonomisch gesehen die sauberste und einfachste Lösung. Man spricht hierbei von der Internalisierung externer Kosten, also einer Inkludierung der Kosten für die Umweltschäden, welche durch die Produktion eines Gutes verursacht werden. (Flückiger & Barnetta, 2020)

Obwohl der CO₂-Ausstoss in den letzten Monaten gesamthaft tiefer war als zuvor (Lanz, 2020), werden in der nationalen und internationalen Politik Stimmen laut, die einen Abbau von Umweltschutzgesetzen und grössere Investitionen zugunsten der Wirtschaft fordern.

Das BAFU fokussiert sich als Bundesamt für Umwelt auf den ökologischen Aspekt der ESG Kriterien, und fokussiert sich dabei auf die Umweltaspekte Klima, Biodiversität und Wasser. Das BAFU unterstützt zum Beispiel die Entwicklung des 'ENCORE Biodiversity Module', ein Tool mit dem Finanzinstitutionen ihre Investitionsportfolien in gewissen Wirtschaftssektoren auf Biodiversitätsverträglichkeit testen können. In diesem Jahr findet in China eine Konferenz der Vereinten Nationen zum Thema Biodiversität statt. An der Konferenz werden neue Biodiversitätsziele festgelegt. An diesen sollen sich Finanzinstitutionen für die biodiversitätsfreundliche Ausrichtung ihrer Anlagenportfolien orientieren können.⁶

Im Pariser Klimaabkommen, Artikel 2.1c, ist explizit eine nachhaltige Ausrichtung der Finanzflüsse vorgesehen (UN, 2015). Momentan sieht der Bundesrat von einem aktiven Eingreifen mithilfe von Gesetzen ab und setzt auf die freiwillige Umsetzung der Finanzmarktakteur*innen. Hierbei wird aber regelmässig geprüft, inwiefern die Branche die Ziele erfüllt, resp. zu erfüllen anstrebt und überlegt sich dementsprechend passende Massnahmen. Das BAFU hat 2017 in Zusammenarbeit mit dem SIF eine kostenlose und anonyme Überprüfung der Klimaverträglichkeit von Finanzportfolien für Schweizer Pensionskassen und Versicherungen angeboten (siehe «Wo steht die Schweiz»). Somit hat das BAFU vor, Datenanalysen vorzunehmen und Informationsgrundlagen bereitzustellen (Oberholzer, 2020). Für das BAFU ist vor allem die Abstimmung wirtschaftlicher Interessen mit einer tatsächlich ökologisch nachhaltigen Wirkung wichtig. Es wird darauf hingewiesen, dass nicht alle Anlagen den gleichen ökologischen Beitrag zu leisten vermögen (Kölbel, 2020). Die Finanzflüsse sollen sich vor allem an internationalen Abkommen orientieren und auf wissenschaftliche Ergebnisse fundiert sein. Das BAFU sieht auch in der Digitalisierung eine Chance, da Daten schneller, präziser und gesamthafter erhoben werden können. So können zum Beispiel Lieferketten und deren Nachhaltigkeitsperformance genauer und effizienter analysiert werden. Es muss aber auch berücksichtigt werden, dass der enorme Energieverbrauch auch umweltschädliche Auswirkungen haben kann. Letztendlich ist es aus Sicht des BAFU wichtig, transparent zu sein und aufzuzeigen, dass jede einzelne Person mit ihren Investitionen einen Beitrag leisten kann (Oberholzer, 2020).

- **NGOs wie der WWF** begrüssen die Dynamik im Bereich Sustainable Finance und die zunehmende Sensibilisierung von (Finanz-)Wirtschaft, Politik und Gesellschaft für die Bedeutung nachhaltiger Finanzflüsse. Gesamthaft steht der WWF den Entwicklungen im Finanzbereich kritischer gegenüber als die Finanzbranche selbst. Fortschritte bei der Integration von Klimarisiken in Investitions- und Finanzierungsentscheide allein genügen nicht, um eine positive Wirkung für die Umwelt herbeizuführen. Auch wenn der WWF der Förderung von nachhaltigen Finanzprodukten positiv gegenübersteht, warnt er, dass nicht alles grün und nachhaltig ist, wo grün und nachhaltig draufsteht. Fehlende Qualitätsstandards erschweren es Kunden und Anlegern festzustellen resp.

⁶ Convention on Biological Diversity, 2021

sicherzustellen, dass die Finanzprodukte, die ihnen angeboten werden, auch wirklich nachhaltig sind. Die konsequente Ausrichtung der Schweizer Finanzflüsse an einer positiven Umweltwirkung sei ein Qualitätsmerkmal, mit dem sich der Schweizer Finanzplatz international auszeichnen und von anderen Finanzplätzen abheben könnte. Der WWF sieht aber auch, dass es einen intelligenten Instrumentenmix aus regulatorischen Massnahmen, Selbstverpflichtungen der Finanzindustrie sowie aus freiwilligen Massnahmen braucht. Hierbei sollen alle Akteure, also der Staat, die Finanzindustrie, Unternehmen, die Wissenschaft und NGOs zusammenarbeiten und sich gegenseitig unterstützen. Es sich jedoch die Frage, wie effektiv eine solche Selbstregulierung ohne Konsequenzen bei Nichteinhaltung funktionieren kann (Mugglin & Kellenberger, 2020). Haupttätigkeit des WWF ist in diesem Zusammenhang das Bereitstellen von Informationen und die Förderung von Transparenz, aber auch die Zusammenarbeit und der Dialog mit Akteur*innen aus der Finanzwirtschaft sowie mit Behörden. Auf der Website des WWF lassen sich zahlreiche Nachhaltigkeitsratings von Unternehmen, Pensionskassen und Banken finden, welche es Kunden und Anleger*innen ermöglichen sollen, nachhaltige finanztechnische Entscheidungen zu treffen. (WWF Schweiz, 2020)

Vor- und Nachteile unterschiedlicher Ansätze

Der Bundesrat hat in seinem Positionspapier zahlreiche Massnahmen aufgezählt, welche Sustainable Finance in der Schweiz stärken sollen. Hier sollen einige generelle Ansätze und ihre Vor- und Nachteile aufgezeigt werden.

1.1.1 Selbstregulierung

- Die Bankiervereinigung bekräftigt, dass der Wechsel zu Sustainable Finance im Eigeninteresse der Banken liegt.
- Banken haben eigene Richtlinien für Sustainable Finance aufgestellt.
- Aus Erfahrung setzt sich eine Richtlinie durch, wenn sie von 80% der Akteure befolgt wird, ab 80% kann auch Compliance der restlichen Akteure erwartet werden.
- Leitfaden für den Einbezug von ESG-Kriterien in den Beratungsprozess für Privatkunden:

https://www.swissbanking.ch/ Resources/Persistent/1/8/1/c/181c804ca4caa251ce7e1da9d167f4c824e7815f/SBVg_Leitfaden_Einbezug_ESG_Kriterien_in_Beratungsprozess_f%C3%BCr_Privatkunden_DE.pdf

Pro:

- Richtlinien der Branche können schneller umgesetzt werden als Gesetze.
- Werden von der Branche selbst unterstützt und so besser akzeptiert.

Contra:

- Keine Garantie für Durchsetzung, da sie nicht verbindlich sind.
- Kontrolle und Überprüfung sind schwierig.

1.1.2 positive Anreize

- Anreize wie **Nudging** oder Abschaffung der **Stempelsteuer**
- Nachhaltige Produkte sollen attraktiver gemacht werden.

Pro:

- Nachhaltige Produkte werden auch für Privat- und Grosskund*innen attraktiv.

- Abbau von Hürden macht es für Banken attraktiver, nachhaltige Finanzprodukte anzubieten.

Contra:

- Keine Garantie für Erfolg
- Steuerausfälle für den Staat

1.1.3 negative Anreize

- CO2 Steuer
- Bussen für Nichteinhaltung von Standards
- Mindestanteil an nachhaltigen Finanzprodukten

Pro:

- Bindende Gesetze für die gesamte Wirtschaft (und insbesondere Verursacher der CO2-Emissionen) können besser kontrolliert werden
- Verspricht Wirkung, weil es Gesetze sind, müssen eingehalten werden

Contra:

- Gesetze brauchen lange, um verabschiedet zu werden.
- Internationale Sanktionen sind schwierig durchzusetzen.
- Risiko für Abfließen des Kapitals auf andere Finanzplätze besteht, ohne positiven Effekt bzgl. Nachhaltigkeit

1.1.4 Transparenz und Kommunikation

- Pensionskassen, Versicherungen, Banken, etc. sollen Nachhaltigkeit offenlegen müssen
- Rankings und Überprüfungen sollen veröffentlicht werden

Pro:

- Durch Transparenz können sich Kund*innen selbst entscheiden, wo sie investieren wollen.
- Öffentliche Meinung beeinflusst Verhalten der Akteur*innen.

Contra:

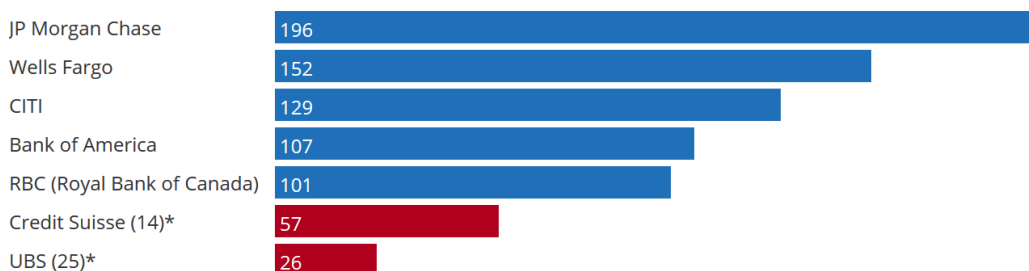
- Nicht bindend, Nachhaltigkeitsberichte können auch beschönigt werden.
- Es fehlt eine Taxonomie, um Vergleiche von Nachhaltigkeitskriterien zuzulassen.
- Ist das öffentliche Interesse gross genug?

Kritik

Zahlreiche Umweltorganisationen kritisieren die Geschwindigkeit und die Unverbindlichkeit, mit der die Entwicklung im Bereich Sustainable Finance voranschreitet und die laut ihnen nicht ausreichen, um die drohenden Umweltkrisen (Klimawandel, Verlust von Biodiversität, etc.) zu bewältigen. Der Staat und die Branche halten entgegen, dass brancheninterne Massnahmen schneller und effektiver umgesetzt werden können, da Gesetze lange brauchen, bis sie in Kraft treten. Somit könnte ein Gesetz möglicherweise erst nach mehreren Jahren umgesetzt werden.

Finanzierung von Unternehmen und Projekten im Bereich fossiler Brennstoffe 2016-2018

in Milliarden US-Dollar



* zeigt die Position in einer Liste von 33 Banken, geordnet nach dem investierten Betrag

Quelle: [BankTrack](#) • [Daten herunterladen](#)

SWI swissinfo.ch

Abbildung 2: Finanzierung fossiler Brennstoffe 1








Die Abbildung zeigt die Finanzierung von Unternehmen und Projekten im Bereich fossiler Brennstoffe. Hierbei ist zu sehen, dass die Credit Suisse und die UBS in den letzten Jahren zusammen über 80 Milliarden Franken in CO₂-intensive Unternehmen investiert haben (Allen, 2019). Schweizer Grossbanken leisten somit einen Beitrag zur Finanzierung von Energien, welche das Klimaziel von 2° gefährden.

Zudem kann der ausschliessliche Fokus auf den umwelttechnischen Aspekt auch als problematisch angesehen werden, da so die anderen zwei wichtigen Komponenten Soziales und Unternehmensführung vernachlässigt werden. Probleme wie die Ausbeutung von Arbeiter*innen oder Kinderarbeit gehören auch zu einer nachhaltigen Finanzpolitik, werden jedoch von der Diskussion über umwelttechnische Probleme überlagert. Andere Stimmen wenden jedoch ein, dass die drei Kriterien nicht voneinander getrennt werden können und eine Verbesserung des einen Kriteriums die anderen zwei beeinflusst. Somit verdränge der Fokus auf die ökologische Komponente keineswegs die beiden anderen Kriterien (Mugglin & Kellenberger, 2020).

Fazit

Alle involvierten Akteur*innen scheinen bemüht und gewillt, Sustainable Finance voranzutreiben. Spannungsfeld ist der Umfang und die Intensität geplanter Massnahmen. Drohende politische Massnahmen und neue Risikoanalysen schaukeln sich gegenseitig auf, sodass die Branche lieber selbst Massnahmen ergreift, um vom Staat in ihrer Tätigkeit nicht eingeschränkt und kontrolliert zu werden und weil sie diese zudem als wichtig und zielführend erachtet (SBVg, 2020). Hauptproblematik der nächsten Jahre wird jedoch wahrscheinlich sein, nachhaltige Wirtschaft trotz der grossen corona-bedingten Einbussen zu betreiben. Viele Firmen sind momentan nicht gewillt oder auch gar nicht in der Lage, ihre Produkte nachhaltiger zu gestalten.

Weiterführende Links / Willst du mehr wissen?

Links	QR Code
Website Swiss Sustainable Finance	
Staatsekretariat für Internationale Finanzfragen (SIF)	
Bundesamt für Umwelt (BAFU)	
WWF Schweiz Sustainable Finance	
Schweizerische Bankiervereinigung (SBVg)	
Leitfaden SBVg „Leitfaden für den Einbezug von ESG-Kriterien in den Beratungsprozess für Privatkunden“	
Positionspapier des Bundesrates zu Sustainable Finance	

Verweise

Allen, M., 2019. 1900 Mrd. Fr. – so viel haben Banken in "dreckige Energie" investiert. *swissinfo*.

ARE, 2020. *www.aren.admin.ch*. [Online]
<https://www.aren.admin.ch/aren/de/home/nachhaltige-entwicklung/politik-und-strategie/nachhaltigkeitsverstaendnis-in-der-schweiz.html> [30.09.2020].

BAFU, 2017. *www.bafu.admin.ch*. [Online]
<https://www.bafu.admin.ch/bafu/de/home/themen/klima/fachinformationen/klima-und-finanzmarkt.html#889980007> [30.09.2020].

Bisang, S., 2020. *Schweizerische Bankiervereinigung* [Interview] 2020.

Bundesrat, 2020. *Nachhaltigkeit im Finanzsektor Schweiz*, Bern: s.n.

BAFU, 2015. *www.bafu.admin.ch* (Online)
<https://www.bafu.admin.ch/bafu/de/home/themen/wirtschaft-konsum/mitteilungen.msg-id-57143.html>
(Mai 2021)

Brundtland- Bericht, 1987. www.aren.admin.ch [Online]
<https://www.aren.admin.ch/aren/de/home/nachhaltige-entwicklung/internationale-zusammenarbeit/agenda2030/uno--meilensteine-zur-nachhaltigen-entwicklung/1987--brundtland-bericht.html> [22.06.2021].

Coalition of Finance Ministers for Climate Action, 2020. *www.financeministersforclimate.org*. [Online]
<https://www.financeministersforclimate.org/> [30.09.2020].

Convention on Biological Diversity, 2021. <https://www.cbd.int/article/new-dates-cop15-october-2021>
[Online] [13.07.2021].

Flückiger, S. & Barnetta, I., 2020. *Internationale Bemühungen Sustainable Finance* [Interview] 2020.

Kölbel, J., 2020. So helfen grüne Investitionen nicht nur dem eigenen Gewissen. *NZZ am Sonntag*, 11 Januar.

Lanz, K., 2020. *economiesuisse*. [Online]
<https://www.economiesuisse.ch/de/artikel/besseres-klima-dank-corona> [30.09.2020].

Mugglin, I. & Kellenberger, S., 2020. *Interview Sustainable Finance WWF* [Interview] (April 2020).

NABU, 2021. Investitionen für eine umweltfreundliche Zukunft (Online)
https://www.nabu.de/imperia/md/content/nabude/sustainablefinance/210412_nabu_hintergrundpapier-eu-taxonomie.pdf [03.05.2020]

Stadler, P., (2020). *NeueZeit* [Online] <https://neuezeit.at/greenwashing-beispiele/#:~:text=Immer%20mehr%20Unternehmen%20stellen%20ihre,weltweit%20Profit%20mit%20Overmeintlicher%20Umweltfreundlichkeit.>

Oberholzer, B., 2020. *Interview Sustainable Finance BAFU* [Interview] (Mai 2020).

Riegl, G. F., 2016. *www.digitalwiki.de*. [Online]
<http://www.digitalwiki.de/nudging/> [30.09.2020].

SBVg, 2019. *Positionspapier Sustainable Finance*, s.l.: s.n.

SIF, 2020. *www.sif.admin.ch*. [Online]
https://www.sif.admin.ch/sif/de/home/finanzmarktpolitik/nachhalt_finanzsektor.html [30.09.2020].

Sommer-Guist, C., 2019. *www.blog.forestfinance.de*. [Online]
<https://blog.forestfinance.de/2019/12/10/eu-definiert-nachhaltige-finanzprodukte/> [30.09.2020].

UN, 2015. *Pariser Klimaabkommen*, Paris: s.n.

UN, 2021. *Sustainable Finance*, [Online] <https://www.unglobalcompact.org/sdgs/sustainablefinance>
(17.05.21)

UN 2021, Environment programme finance initiative [Online]
<https://www.unepfi.org/about/>

WKO, 2020. *wko.at*. [Online]
<https://www.wko.at/branchen/handel/versicherungsagenten/eu-kommission-aktionsplan-fuer-nachhaltiges-finanzsystem.html>
[17.05.2020]

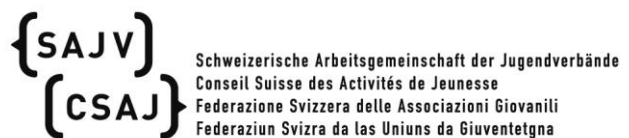
WWF Schweiz, 2020. *wwf.ch*. [Online]
<https://www.wwf.ch/de/unsere-ziele/sustainable-finance-nachhaltige-finanzfluesse-foerdern>
[30.09.2020].

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Swiss Sustainable Finance: Development of sustainable investments in Switzerland:
<https://marketstudy2021.sustainablefinance.ch/>

Abb. 2: swissinfo: Finanzierung von Unternehmen und Projekten im Bereich fossiler Brennstoffe

SAJV | Projektleitung Jugendsession
projektleitung@jugendsession.ch
www.jugendsession.ch



Dieses Thema wurde erarbeitet mit der Unterstützung des *Bundesamtes für Umwelt*, des *Staatssekretariats für internationale Finanzfragen*, der *Schweizerischen Bankiervereinigung* und des *WWF*.